

DRINGLICHE ANFRAGE von Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a.A.) und
Blanca Ramer (CVP, Urdorf)

betreffend KEF 2000/Anpassung oder Abschaffung der Beihilfen

Die vom Kantonsrat beratene Vorlage 3714a stützt sich auf verschiedene Angaben und Aussagen des Regierungsrates - in schriftlicher wie mündlicher Form -, welche sich auf den KEF beziehen.

Dies veranlasst zu folgenden Fragen an den Regierungsrat.

1. Wie stellt sich der Regierungsrat heute zu der von ihm geplanten Abschaffung der Beihilfen gemäss dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2000 - 2003 (KEF 2000), nachdem sich der Kantonsrat in seiner ersten Lesung zur Vorlage 3714a am 6. März 2000 ausgesprochen hat?
2. Ist mit dieser Entscheidung des Kantonsrates für den heutigen Regierungsrat die geplante Abschaffung der Beihilfen definitiv vom Tisch und welche Konsequenzen plant der Regierungsrat in absehbarer Zeit für diese Sozialleistungen?
3. Sollte der Kantonsrat in der zweiten Lesung zu einer anderen Entscheidung gelangen, das heisst zum Beispiel sich lediglich auf die Anpassung an Bundesrecht im Zusatzleistungsbereich beschränken, würde der Regierungsrat sodann auf die Teilbeschränkung oder aber auch die gänzliche Abschaffung der Beihilfen verzichten, d.h. den KEF 2000 einer sofortigen Korrektur unterziehen, und welche sozial- und finanzpolitischen Folgen wären zu erwarten bzw. zu prüfen, oder ist mit einer neuen Vorlage mit dem Ziel der Abschaffung der Beihilfen zu rechnen?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Jürg Leuthold
Blanca Ramer

E. Brunner	E. Züst	H. Züllig	E. Meyer
L. Styger	O. Bachmann	K. Bosshard	R. Heuberger
R. Bachmann	K. Krebs	A. Heer	H. Frei
R. Frehsner	W. Hürlimann	H. Wuhrmann	B. Grossmann
B. Kuhn	R. Ackeret	E. Stocker	B. Walliser
B. Sidler	F. Hess	A. Schneider-Schatz	J. Jucker
H. Rutschmann	H.P. Frei	R. Hirt	G. Mittaz
W. Germann	V. Bütler	O. Halter	St. Schwitter
P. Bielmann	M. Werner	Th. Toggweiler	H. Badertscher
F. Binder	M. Styger	H. Wild	B. Dobler
J. Leibundgut	Hj. Fehr	P. Good	G. Schellenberg
V. Krähenbühl	E. Schibli	W. Schwendimann	I. Stutz
A. Suter	P.A. Duc	W. Bosshard	A. Bergmann
P. Zweifel	P. Mächler	H. Heusser	L. Habicher
T. Weber	E. Knellwolf		

Begründung der Dringlichkeit:

Der Kantonsrat hat anlässlich seiner Sitzung vom 6. März 2000 die Vorlage 3714a mit grossem Mehr verabschiedet. Der Regierungsrat bat die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Kantonsrates, diese Vorlage zurückzunehmen - meinte vermutlich aber den Gesamtrat - mit der Begründung, die Anpassung des ZLG an das geänderte Bundesrecht und Beschränkung der Beihilfen seien getrennt zu behandeln.

Vor der zweiten Lesung dieser Vorlage ist es für den Gesamtrat ein Muss, in Erfahrung bringen zu können, wie sich der Regierungsrat heute grundsätzlich zu der von ihm geplanten Abschaffung der Beihilfen stellt.